



Antrag

Beratungsfolge:

Ausschuss für nachhaltige Stadtentwicklung
und Feuerschutz

Verwaltungsausschuss

Rat

Drucksachen-Nr. 2022/

am: TOP:

am: TOP:

am: TOP:

Beratungsgegenstand:

Stellplatzsatzung schaffen

Antrag:

1. Im Rahmen der Verkehrswende und als Beitrag zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums wird die Verwaltung beauftragt, eine Stellplatzsatzung zu erarbeiten und mit der Ratspolitik abzustimmen.
2. Diese soll zum Ziel haben, die Anzahl an notwendigen Einstellplätzen für Neu- und Umbauten in Laatzten zu reduzieren.
3. Die Satzung ist durch geeignete Maßnahmen zu flankieren, die verhindern, dass der Parkdruck auf den öffentlichen Raum zunimmt.
4. Durch Zonierung ist sicherzustellen, dass die unterschiedliche Situation der Ortsteile und die Bedeutung Laatzens als Arbeitsplatzstandort mit hohen Einpendlerzahlen beachtet wird.

Begründung:

Vor dem Hintergrund städtebaulicher Anforderungen, wie u.a. Wohnraumschaffung und Erhöhung des Stadtgrüns, wird die Zuordnung von Flächen für den ruhenden Verkehr in den nächsten Jahren neu ausgehandelt werden müssen.

Eine Stellplatzsatzung für Laatzten, die über die Anforderungen der Niedersächsischen Bauordnung hinaus Stellplätze für PKW bei Neu- und Umbauten reduziert, soll als hilfreiches Instrument entwickelt werden.

Dabei ist sicherzustellen, dass es nicht zu einer Verlagerung parkender Kfz von privaten auf öffentliche Flächen kommt.

Mit geeigneten Festsetzungen in einer Stellplatzsatzung können sowohl die Baukosten des Rathauses als auch die Kosten für neue Bauprojekte von privater Seite gesenkt werden. Die Stellplatzsatzung kann somit dazu beitragen, den Haushalt der Stadt zu entlasten und den Anstieg der Wohnkosten der Menschen in Laatzen zu dämpfen.

Daneben bietet eine Stellplatzsatzung perspektivisch die Möglichkeit, die überdimensionierten Parkflächen rund um das Leine-Center in Teilen zurückzubauen und menschenfreundlicher zu gestalten sowie einen Beitrag zur Reduzierung des hohen Grades an Flächenversiegelung zu leisten, ohne die Erreichbarkeit des Leine-Centers infrage zu stellen.

Die Stellplatzanforderungen unterhalb des landesrechtlichen Niveaus finden daneben ihre Berechtigung durch Laatzens Zielsetzungen zum Klimaschutz und, daraus abgeleitet, zur Verkehrswende.

Aktuell werden politisch und durch die Verwaltung diverse Maßnahmen angestoßen, um Alternativen zum Autoverkehr zu schaffen und somit Laatzens Treibhausgasemissionen zu senken.

Eine Reihe sachlicher Gründe und Maßnahmen erlauben die Reduzierung des Stellplatzangebots im Laatzenener Stadtgebiet:

- Ein umfassendes Verkehrsentwicklungskonzept,
- Die Verbesserung des Radverkehrs u.a. durch Fahrradwege und Velorouten,
- Die verhältnismäßig geringe Kfz-Dichte Laatzens im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden des Umlands der Region Hannover,
- Die hervorragende Anbindung an den ÖPNV (mit Ausnahme von Ingeln-Oesselse) bei gleichzeitiger Projektierung zusätzlicher S- und Stadtbahninfrastrukturen.
- Der angestrebte Ausbau von Carsharing,
- Die wünschenswerte Einführung von Jobtickets und Jobrad-Leasing für Mitarbeitende der Verwaltung.

Thomas Weber